

# Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **71 (1991)**

Heft 5

PDF erstellt am: **12.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Verlust der politischen Mitte?

Noch sind die eidgenössischen Wahlen scheinbar weit entfernt, verdeckt durch eine bedeutsame finanzpolitische Volksabstimmung und zahlreiche Feierlichkeiten. In den politischen Milieus aber rüstet man sich intensiv auf das herbstliche Grossereignis, die Auguren beginnen, die Zeichen zu deuten. Besser als die immer beliebteren Umfragen, deren Resultate durch schwankende momentane Stimmungen geprägt sind, geben die kantonalen Wahlen im Frühjahr Fingerzeige auf mögliche Entwicklungen. Mit Spannung blickte man vorab auf den Urnengang im Kanton Zürich, wo das ganze nationale Parteienspektrum repräsentiert ist.

Das Ergebnis hat in mancher Hinsicht verblüfft. Die drei grossen traditionsreichen Parteien haben alle ihre Positionen verstärken können, die Sozialdemokraten nach einer Talfahrt über zwei Wahlperioden hinweg markant, die Freisinnig-Demokraten, die vor vier Jahren weniger verloren hatten, in bescheidenerem Ausmass. Den grössten Sprung vorwärts tat die während Jahrzehnten ziemlich konstante Schweizerische Volkspartei. Zurückgewonnen wurden die Anteile aber nicht etwa von den Grünen, die bei ihrem kometenhaften Aufstieg vor vier Jahren in die traditionellen Wählerschichten zur Linken und zur Rechten eingebrochen waren. Die seinerzeit als idealistische Einthemenpartei angetretene, inzwischen aber in einen oppositionellen rot-grünen Verbund stärker integrierte ökologische Gruppierung hat im

Gegenteil ihren Besitzstand als viertgrösste Partei praktisch wahren können. Die Zeche bezahlten vielmehr die in konfessionellen Traditionen wurzelnden Parteien und insbesondere der Landesring der Unabhängigen, der als wohl spezifisch zürcherische Partei mit einigen prägenden Regierungspersönlichkeiten seinen Zenit schon vor 24 Jahren überschritten hat und nun wohl definitiv dem Klub der in den Biotopen städtischer Agglomerationen durchaus lebensfähigen Kleinparteien zuzuordnen ist.

Die Deutungen des Wahlausgangs sind widersprüchlich. Von Polarisierung und von der Pulverisierung des politischen Mittelfelds war schnell die Rede. An den Rändern des parteipolitischen Spektrums gab es jedoch fast nichts zu holen. Die breit abgestützten Volksparteien beidseits der imaginären Mittellinie vereinigten fast zwei Drittel der Wählerstimmen auf sich. Honoriert wurden die klaren Positionsbezüge einerseits im liberal-konservativen bürgerlichen, andererseits im sozialdemokratischen und ökologisch-aktivistischen Lager, die in den letzten Jahren oft zu hartem Schlagabtausch, aber gelegentlich auch zu konstruktiven Kompromissen in Sachfragen geführt hatten. Wo in grundsätzlichen Auseinandersetzungen unterschiedliche politische Konzeptionen aufeinanderprallten, entschieden Mehrheiten meistens zugunsten des bürgerlichen Standpunktes, in der Regel mit Zustimmung des Souveräns.

Was blieb in diesen politischen Aus-

einandersetzungen den kleineren Parteien anderes übrig, als sich auf die eine oder andere Seite zu schlagen? Der verständliche Wunsch, im einen oder anderen Fall das Zünglein an der Waage spielen zu können, verlockt leicht zu taktischem Lavieren. Der Landesring vor allem, aber auch CVP und EVP haben sich in letzter Zeit weniger durch eigenständige Mittelpositionen als durch heterogene Flügel profiliert, was im parlamentarischen Betrieb zwar gelegentlich belebend, im Wahlkampf aber nicht gerade förderlich wirkte. Ihr Anspruch, eine politische Mitte zu vertreten, blieb eine Fiktion.

Zur Fiktion gerät aber auch der Begriff der politischen Mitte selbst, wenn diese als ein Feld zwischen den Blöcken aufgefasst wird, ein Reservoir von gewissermassen politisch heimatlosen Bürgern, die weder links noch rechts stehen, die sowohl liberal als auch sozial denken, ökonomische und ökologische Forderungen auf einen Nenner bringen, frei von Interessen nur übergeordneten Werten verpflichtet sind. Jede politische Philosophie orientiert sich an idealen Zielen; die Unter-

schiede zwischen «links» und «rechts» ergeben sich daraus, wie unvermeidliche Zielkonflikte gelöst werden. Gerade in den breitgefächerten grossen Parteien finden sich vielfältige Differenzierungen, die zu spontanen Verständigungen über Parteigrenzen und ideologische Gräben hinweg führen. Die grundsätzlichen Orientierungsmarken werden deshalb nicht bedeutungslos.

Jede Partei sucht ihre Stammwählerschichten vor allem in diesem Mittelfeld zu erweitern. Die grossen Parteien, die auch exekutive Verantwortung tragen, dürften ihre Gewinne vor allem im Zentrum erzielt haben. Das spricht gegen die These der Polarisierung und für die Vermutung, dass damit die Handlungsfreiheit des Parlaments gestärkt worden ist. Wenn es beidseits gelingt, die politische Mitte auch für Verständigungslösungen bei schwierigen politischen Aufgaben zu aktivieren, darf vielleicht gehofft werden, dass das wohl alarmierendste Ergebnis der Zürcher Wahlen, die schlechte Beteiligung von wieder weniger als 40 Prozent, im Hinblick auf die eidgenössischen und künftigen Wahlen Episode bleibt.

*Ulrich Pfister*

## Vom Sinn und Inhalt der Freiheit

Der Zusammenbruch der marxistischen Ideologie in Mittel- und Osteuropa, aus der für die Menschen in den ehemals sozialistischen Ländern die Regeln ihres Zusammenlebens abgeleitet wurden, hat mancherlei Ursachen, nicht zuletzt jedoch die, dass sie auf *Zwang* beruhten, also einem elementaren Freiheitsbedürfnis der Menschen widersprachen. Die Annahme ist wohl

zutreffend, dass sich die meisten Menschen, die das zweifelhafte Vergnügen hatten, hautnahe Erfahrungen mit dem real existierenden Sozialismus machen zu müssen, nicht sehr intensiv mit den philosophischen Grundlagen der Freiheit und ihren ideengeschichtlichen Schwingungen im Laufe der Jahrhunderte auseinandersetzten. Sie sind vielmehr durch Erfahrung und nicht durch

intellektuelle Beschäftigung mit dem «Gegenstand der Freiheit» zu Skeptikern und schliesslich zu Gegnern einer Ideologie geworden, die ihnen einst, weil allen andern Wertsystemen überlegen, das Paradies auf Erden versprochen hatte, und die mit dem Anspruch in die Welt trat, den unheilvollen Zustand von Wertkonflikten ein für allemal zu überwinden. Die Krise des Marxismus als politische Position ist Reflex davon, dass seiner realen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ausformung die *Identifikation* in einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung, die, ohne gefragt zu werden, mit ihr Bekanntschaft zu machen gezwungen wurde, abhanden gekommen ist.

Zwang ist nach Hayek die Abwesenheit von Freiheit, Freiheit also umgekehrt die *Abwesenheit von Zwang*. Der einzelne muss im Besitze eines privaten Bereichs sein, in den andere nicht eingreifen können. Die ehemals sozialistischen Systeme haben einmal mehr die alte Erkenntnis bestätigt, dass die Ausschaltung des Menschen als denkenden und handelnden Wesen durch Zwang unvermeidlicherweise *Instabilitäten* provoziert. Durch Zwang «sichergestellte» politische Stabilität, wie sie gegenwärtig beispielsweise wieder einmal in China eingeübt wird, hat einen lediglich vordergründigen Charakter. In Tat und Wahrheit sind solche Situationen hochgradig instabil. Freiheit ist kein Garant, aber eine Voraussetzung für Stabilität.

Was in Mittel- und Osteuropa passiert ist, kann mithin auch als *Freiheitskampf* unter den Bedingungen des sich zu Ende neigenden zwanzigsten Jahrhunderts verstanden werden. Freiheit bedeutet die Möglichkeit, nach dem eigenen Willen, und nicht nach demjenigen eines andern, handeln zu können.

In diesem Sinne hat sie einmal eine persönliche oder *individuelle Einfärbung*. Diese Interpretation ist schon bei *Aristoteles* zu finden, der einen Menschen dann als frei bezeichnete, wenn ihm die Möglichkeit offenstand, für seine eigenen Zwecke leben zu können. Damit ist eine Lebenssituation gemeint, in der die Menschen nach ihren eigenen Zielen zu planen und zu handeln in der Lage sind. Freiheit beinhaltet damit eine spezifische Form der menschlichen Beziehungen oder des menschlichen Zusammenlebens. «*Niemand ist obligiert*», so hat der Aufklärer *Kant* formuliert, «*ausser durch seine Einstimmung*», wobei die Grenzen individuellen Tuns dort verlaufen, wo andere daran gehindert werden, gleiche Handlungsweisen vorzunehmen. In der französischen Verfassung von 1791 sowie in der Erklärung der Menschenrechte von 1793 wird das Recht auf Freiheit als die Möglichkeit definiert, alles tun zu können, was einem andern *nicht schadet*.

In der «*Verfassung der Freiheit*» von Hayek, dem letzten grossen Versuch, das Freiheitsideal in all seinen Verästelungen umfassend zu analysieren und darzustellen, unterscheidet der Autor sodann zwischen *subjektiver Freiheit* als dem Ausmass, nach einem bewussten Willen, nach der Vernunft oder nach Überzeugungen handeln zu können, und der *objektiven Freiheit*, die die tatsächlich vorhandenen und benutzbaren individuellen Handlungsspielräume meint. *Politische Freiheit* endlich bezieht sich auf die Möglichkeit, an der Wahl der Staatsorgane teilnehmen zu können. Der trickreiche Aspekt in diesem Spiel ist nun darin zu sehen, dass Freiheitsbeschränkung durch Zwang deshalb nicht völlig vermieden werden kann, weil er sich nur durch die *Androhung* von Gewalt (Zwang) in die

Schranken weisen lässt. Die Geschichte hat das Recht (Monopol) auf Ausübung von Zwang dem *Staat* übertragen. Ihm steht die Aufgabe zu, die Ausübung von Zwang durch Private zu verhindern. Natürlich ist dies eine allgemeine Feststellung, die im konkreten Falle zu schwierigen Abgrenzungsproblemen führen kann. Und weil die Geschichte lehrt, dass Staaten, bzw. die Regierenden, oft der Neigung erliegen, in den «*Rausch des Herrschens*» (Böhm) zu verfallen, haben die Liberalen zu allen Zeiten der *Kontrolle des Staates* die grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Sie spielt eigenartigerweise im gegenwärtigen Denken der Liberalen nicht mehr die prominente Rolle wie ehemals, obwohl sie nichts an Aktualität eingebüsst hat.

Auf zwei *Missverständnisse*, die Hayek in seinem Werk immer wieder aufnimmt, ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen. Individuelle Freiheit darf nicht mit *Wohlstand* gleichgesetzt werden. Freiheit bedeutet nicht die Entstehung «aller guten Dinge» und das Fehlen allen Übels. In den ehemals sozialistischen Ländern erwarten die Menschen, die im Namen des sozialistischen Fortschritts von der Wohlstandsentwicklung der Nachkriegszeit weitgehend abgekoppelt waren, mit der wiedergewonnenen individuellen Freiheit

auch ein besseres Leben. Freiheit allein kann dieses Ziel indessen nicht erreichen. Aus diesem Grunde haben die Liberalen stets einer *wohlstandsschaffenden Wirtschaftspolitik* (Erhard: «Wohlstand für alle!») das Wort geredet. Reisefreiheit nützt jenem Zeitgenossen relativ wenig, der aus Mangel an verfügbarem Einkommen dieses Freiheitsrecht nicht in Anspruch nehmen kann. Und mit der Konsumfreiheit können jene nicht allzu viel anfangen, die sich kaum zu ernähren vermögen. Der formalen Freiheit, etwas tun zu können, muss deshalb die *materielle Freiheit* zur Seite treten, etwas auch *tatsächlich* tun zu können. Wohlstand hat einen direkten Freiheitsbezug. Armut ist ein schlechter Nährboden für die Freiheit. Zweitens ist die politische Freiheit kein Garant für individuelle Freiheit. Der Fall, dass *Zwangsregime* durch Wahlen an die Macht kommen, ist, wie ein Blick in die Geschichte lehrt, nicht selten. Es war erst kürzlich wieder in Rumänien oder Bulgarien zu beobachten. Demokratische politische Ordnungen stellen eben lediglich ein Entscheidungsverfahren zur Verfügung. Liberales, auf Freiheit zentriertes Ordnungsdenken dagegen zielt auf den *Inhalt* der Gesetze. Das sind zwei verschiedene Paar Stiefel.

Willy Linder

## Ein skeptischer Staatsbürger

Ein Grosser der Gegenwartsliteratur, weltberühmt und erfolgreich, ist wenige Wochen vor seinem 80. Geburtstag in Zürich gestorben.

Die Literaturblätter und die Sendestudios hoben in Würdigungen, aufgezeichneten Gesprächen mit Max Frisch, Ausschnitten aus seinen Reden

und Äusserungen prominenter Zeitgenossen über ihn, darunter nicht nur Literaten oder Schriftstellerfreunde, seine Bedeutung für die Literatur der Gegenwart und seine Wirkung als Mahner und Moralist hervor. Auch die vorliegende Ausgabe der «Schweizer Monatshefte» enthält einen Versuch, das Schaffen Max Frischs und seinen Rang innerhalb der Nachkriegsliteratur, besonders aber auch die Verdienste in einem Aufsatz zu umreissen, die er für die deutsche Sprachprovinz der Schweiz erworben hat. Die Nachwelt, daran zweifelt keiner, wird seine epischen und dramatischen Werke nicht vergessen. Man spricht schon jetzt von ihm als von einem Klassiker der Gegenwart, ein Begriff, dem er selbst freilich mehr als skeptisch gegenüberstand. Er ist vor allem der grosse Meister der Ich-Form, des Tagebuchs. Und die Schweiz hat seit Gottfried Keller kaum Autoren aufzuweisen, die wie Max Frisch, der am 4. April gestorben ist, und Friedrich Dürrenmatt, der ihm vor einem Vierteljahr im Tod vorausging, Weltruhm erlangt haben.

In den Nachrufen, die in der Schweiz erschienen sind, wird Max Frisch auch als «kritischer Patriot» bezeichnet. Vielleicht wäre «skeptischer Staatsbürger» das genauere Wort. Das Buch, in welchem seine Auseinandersetzungen mit dem Land aus einem Zeitraum von fünfzig Jahren gesammelt sind, trägt den Titel «Schweiz als Heimat?» Ohne Fragezeichen hätte er ihn nicht gelten lassen. In diesem Buch kann man nachlesen, wie hartnäckig er seine Fragen gestellt, seine Vorschläge vertreten und seinen Einspruch gegen das erhoben hat, was ihm an diesem Land missfiel, in welchem er, der Weltbürger, trotz allem zuhause war. Es ist zutiefst bedauerlich, dass das Streitgespräch,

das er suchte, nicht stattfand. In einem Brief an Karl Schmid schrieb Max Frisch: «*Ich habe viel Polemik verbrochen und wäre froh, ich hätte das alles nie geschrieben; Polemik als Reflex auf die Erfahrung, dass der feedback fehlt. Ich meine mit feedback nicht den literarischen Erfolg, sondern die politische Auseinandersetzung; das Gegenteil davon: der diskrete Boykott. Der letztere geht in meinem Fall nicht allzuweit. Weil es nicht geht: ich geniesse internationalen Schutz in meinem Land.*» Max Frisch hat die schweizerische Öffentlichkeit polarisiert. Auf dem politischen Feld hinterlässt er Freunde und Gegner, und früh schon waren die Meinungen über ihn in dieser Hinsicht gemacht, — fälschlicherweise, wie jede unvoreingenommene Lektüre seiner Versuche über die Schweiz bestätigt.

Es fällt nicht allzu schwer, die Gründe für diese unglückliche Verhärtung auszumachen. Soweit sie bei ihm lagen, waren sie vielleicht bedingt durch seinen individuellen Stil, seine rasche Neigung zur Polemik, die bei aller Höflichkeit kaum Zweifel darüber liess, dass er seine Kontrahenten nicht für ebenbürtig hielt, was sie gewiss in den meisten Fällen auch nicht waren. Aber wer öffentlich äussert, er habe den Eindruck, die Dummheit habe überhand genommen, wirkt auf mögliche Gesprächspartner, die nicht einverstanden sind, nicht gerade einladend. Demokratie — ob sie denn ein Traum nur sei, fragte er in der Einleitung zu einem Gespräch im Künstlerhaus Boswil, und es war offenkundig, dass er die Qualifikation derer in Frage stellte, die bei Abstimmungen in der Mehrheit sind.

Was er an der kompakten Mehrheit seiner Landsleute beanstandete, was

ihm ein dauerndes Ärgernis war, konzentriert sich in seiner Feststellung, die Schweiz sei ein Land ohne Utopie. Überall gebe es mehr offene Auseinandersetzung als bei uns. Utopie ist in der Tat bei der Mehrheit der Schweizer eher negativ besetzt. Der Begriff bedeutet für sie so etwas wie Hirnspinnst, und er bedeutet vor allem Unruhe. Denn wer eine Utopie hat, zielt auf Veränderung und greift das Bestehende an. Die Abwehrhaltung gegen Mitbürger, die «eine andere Schweiz» wollen, ist erschreckend gross und vielleicht nicht mehr aufzubrechen, es sei denn, der Anstoss dazu komme von aussen, — was dann in der Sprache der Realpolitiker eben «Sachzwänge» wären. Dagegen stritt Max Frisch, dagegen polemisierte er, auch gegen das verbreitete Bewusstsein, das einen vor längerer Zeit schon erreichten Endstand in der Entwicklung zur Demokratie annimmt, gegen die Vorstellung, es sei durch Verfassung und Gesetz, Institutionen und öffentliche Dienstleistungen, Bildungswesen und soziale Vorsorge ein Optimum an staatspolitischer Ausgewogenheit erreicht. Selbst offizielle Versuche, wie der Entwurf einer Totalrevision der Bundesverfassung, die ja wohl objektiv auf einen

Nachholbedarf schliessen lassen, versickern im Sandhaufen des Gewohnten.

Das hat Max Frisch geärgert, weil er es für einen Schaden hielt, den er von der Schweiz abwenden wollte. Und gekränkt hat ihn, dass seine oft provozierenden Aufforderungen zur Auseinandersetzung entweder nicht beachtet oder dann verdächtigt wurden. Der grosse Schriftsteller, ausgewiesen durch sein Lebenswerk und in seinen politischen Stellungnahmen und Fragen behaftbar durch das genaue Wort, das er dafür fand, wurde über Jahrzehnte beschattet. Er ist der prominenteste unter den Fichtierten der Bundespolizei. Man könnte das mit Fug eine Dummheit nennen. Mir, der ich Max Frischs Tagebücher, Romane und Erzählungen, einige seiner Stücke fürs Theater als Kunstwerke von höchstem Rang bewundere, kommt es eher als eine Schande vor, und ich denke, eigentlich müssten es seine politischen Gegner auch so empfinden. Jetzt, in den Nachrufen, wird Max Frisch als ein kritischer Patriot gerühmt. Hätte denn der Dialog, den er den «Macht-Inhabern» (sein Ausdruck) anbot, nicht ernsthaft und kontinuierlich (und nicht nur als einmaliges Alibi-Medienereignis) geführt werden müssen?

Anton Krättli